

Entwurf
Forderungen des dbb beamtenbund und tarifunion
Einkommensrunde 2005 für Beamte und Versorgungsempfänger

Die Einkommensrunde 2005 steht im Zeichen der Reform des öffentlichen Dienstrechts. Die Umsetzung der Reform ist deshalb mit der Einkommensrunde 2005 zu verbinden. Für Beamte und Versorgungsempfänger fordert der dbb als Initiator der „Neuen Wege im öffentlichen Dienst“ die Umsetzung folgender Maßnahmen:

I. Schnelle und vollständige Umsetzung des Eckpunktepapiers

- Der dbb fordert die schnelle und vollständige Umsetzung der Eckpunkte für eine Reform des Beamtenrechts „Neue Wege im öffentlichen Dienst“ in Bund, Ländern, Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Nur die zügige und umfassende Umsetzung der im „Eckpunktepapier“ als notwendig anerkannten Maßnahmen gewährleistet mehr Besoldungsgerechtigkeit durch Einführung eines leistungsbezogenen Bezahlungssystems, eine dauerhafte Sicherung von Berufsperspektiven für alle, eine bessere Bezahlung für junge und besonders qualifizierte Beamte und die langfristige Sicherung der eigenständigen Beamtenversorgung.

II. Anpassung an die allgemeine Einkommensentwicklung

- Der dbb fordert für Beamte und Versorgungsempfänger Einmalzahlungen in Höhe von jeweils 300 € für die Jahre 2005, 2006 und 2007.
- Anstelle dieser Einmalzahlungen kann für Beamte in den östlichen Bundesländern, auf die die 2. Besoldungs-ÜbergangsVO Anwendung findet, der Bemessungssatz um jeweils 1,5 % in den Jahren 2005, 2006 und 2007 angehoben werden.
- Beamte und Versorgungsempfänger haben einen gesetzlichen Anspruch auf eine Anpassung der Besoldung und Versorgung an die allgemeine Einkommensentwicklung. Auf dieser Basis sind die erfolgten Kürzungen bei Sonderzuwendung und Urlaubsgeld zu kompensieren.

III. Gewinnung von Anwärtern

- Der dbb fordert zur Verbesserung der Nachwuchsgewinnung eine stufenweise Anhebung der Anwärterbezüge in den Jahren 2005, 2006 und 2007 auf einen Mindestbetrag von 55 % der Bezüge des Eingangsamtes.

Für die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes ist es von entscheidender Bedeutung, qualifizierte und leistungsbereite junge Menschen zu gewinnen. Faktum ist, dass die Anwärterbezüge allein seit 1990 im Durchschnitt um über 25 % abgesenkt worden sind und heute nur noch zwischen 35 % und 51 % betragen. Angesichts der demographischen Entwicklung ist alles zu tun, um in den nächsten Jahren die besten Nachwuchskräfte für den öffentlichen Dienst zu gewinnen.

IV. Ausbau von Beförderungsmöglichkeiten

- Der dbb fordert Bund, Länder, Gemeinden und die sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts auf, über ihre Haushalte den Stellenkegel funktionsgerecht auszubauen und die notwendigen Beförderungstellen zu schaffen.

Die tatsächlich wahrgenommene Funktion und die erbrachte Leistung müssen die bestimmende Grundlage für die Bezahlung und den Aufstieg der Beamten bilden. Diesem Grundsatz müssen die Haushalte Rechnung tragen.